

Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung Januar 2016

TOP 1

Die Fraktion DIE LINKE will mit einem Antrag die rückwirkende Erhebung von Straßenausbau- und Anschlussbeiträgen für Wasser- und Abwasserleitungen wirkungsvoll beschränken. Das Kommunalabgaberecht und die Verwaltungspraxis hätten dem Gebot der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes zu entsprechen, heißt es im Antrag. Mögliche Rechtsangleichungen müssten vom nächsten Landtag und der neuen Landesregierung schnellstmöglich vorgenommen werden.

TOP 2

Die Fraktionen von CDU und SPD setzen sich mit einem Antrag dafür ein, die bewährten Standards zur Sicherung von Qualität, Qualifizierung und Verbraucherschutz in den Freien Berufen zu erhalten. Hintergrund ist ein Arbeitsplan der EU-Kommission zur Evaluierung der Berufszugangsregeln. Es soll untersucht werden, inwiefern einzelne Regulierungen diskriminierend oder angemessen sind. Eine angestrebte europäische Vereinheitlichung dürfte jedoch nicht zulasten der hohen deutschen Standards gehen.

TOP 3

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte im Juni 2015 eine Große Anfrage zum Thema „Der Weg zum Abitur in Sachsen-Anhalt – Karriereverläufe der Schülerinnen und Schüler“ gestellt. Basierend auf den Antworten der Landesregierung wird das Thema nun im Plenum diskutiert.

TOP 4

Auf Antrag der Fraktionen von CDU und SPD soll die Landesregierung einen Gesetzentwurf mit einer verfassungskonformen Rechtsgrundlage einbringen, der die Wiedereinführung einer Jahressonderzahlung für Beamte beinhaltet. Dieses Gesetz sei laut Bundesverfassungsgericht nötig, um eine verfassungsgemäße Alimentierung der hiesigen Beamtinnen und Beamten sicherzustellen.

TOP 5 (a+b)

a) Der Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Dr. Hermann Onko Aeikens, hält eine Regierungserklärung zum Thema „Nachhaltige Politik für eine lebens- und lebenswerte Heimat“.

b) Im Anschluss an die Regierungserklärung haben die Vertreter der vier Landtagsfraktionen die Möglichkeit, zur Rede des Ministers Stellung zu beziehen und eigene Standpunkte in die Debatte einzubringen.

TOP 6

Im Dezember-Plenum hatte die Landesregierung einen Gesetzentwurf zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik in den Landtag eingebracht. Darin wird das Institut als Technische Bewertungsstelle und notifizierende Behörde gemäß EU-Bauproduktenverordnung bestimmt. Der Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr empfiehlt dem Landtag nun, den Gesetzentwurf anzunehmen.

TOP 7

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt dem Landtag, einen Gesetzentwurf der Landesregierung über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik anzunehmen. Mit dem 3. November 2015 haben nunmehr alle zuständigen Länderminister/innen das Änderungsabkommen unterzeichnet. In Sachsen-Anhalt kann das Änderungsabkommen nur durch die Zustimmung des Landtags in Form eines Gesetzes wirksam werden.

TOP 8

Gemeinden in Sachsen-Anhalt sollen zukünftig alle Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr per Bußgeld selbst ahnden und verfolgen können. Das geht aus einem entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung hervor. Die Änderung betrifft zum Beispiel das Parken an engen Straßen und Kurven, die Plakettenpflicht oder die verspätete Hauptuntersuchung. Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf in leicht veränderter Fassung anzunehmen.

TOP 9

Mit ihrem Änderungsgesetz zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen will die Landesregierung eine EU-Richtlinie umsetzen. Ein wesentlicher Punkt dabei ist die Einführung eines Europäischen Berufsausweises, zunächst für die Berufe Krankenschwestern und Krankenpfleger für allgemeine Pflege, Apotheker (Grundausbildung), Physiotherapeuten, Bergführer und Immobilienmakler. Nach seinen Beratungen empfiehlt der Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft, den Gesetzentwurf einer geänderten Version anzunehmen.

TOP 10

Nach mehr als zwei Jahren Arbeit legt der 14. Parlamentarische Untersuchungsausschuss dem Landtag nun offiziell seinen knapp 300 Seiten starken Untersuchungsbericht zur IBG-Fördermittelfläche vor. Mitte 2013 wurde bekannt, dass die landeseigene Fördergesellschaft IBG offenbar mehrere Millionen EU-Fördergelder zweckentfremdet hat. Sie seien an Firmen außerhalb des Landes geflossen, ohne dass vor Ort neue Arbeitsplätze entstanden seien. Seit Oktober 2013 beschäftigte sich ein Untersuchungsausschuss des Landtags mit der Frage, wie es dazu kommen konnte und welche politischen Akteure mitverantwortlich waren.

TOP 11

„Sexualisierte Gewalt ächten“ lautet ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. Vor dem Hintergrund der Ereignisse von Köln soll der Antrag verdeutlichen, dass die Prinzipien des Rechtsstaats und die Einhaltung demokratischer Werte und Normen unverhandelbar seien. Gleichzeitig soll darauf hingewiesen werden, dass sexualisierte Gewalt und sexuelle Belästigung nicht allein ein Problem Geflüchteter sei, sondern der gesamten Gesellschaft. Auch wenn die Vorfälle von Köln konsequent verfolgt werden müssten, erinnern die Linken daran, dass das Asylrecht ein Menschenrecht sei und nicht als Sanktionsrecht missbraucht werden dürfe.

TOP 12

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt dem Landtag, den Entwurf zum neuen Landeswaldgesetz anzunehmen. Damit wird das Landeswaldgesetz von 1994 grundlegend überarbeitet. Die Änderungen betreffen unter anderem die Anlage von Agroforstsystemen, die Präzisierung der Verkehrssicherungspflicht und die Kompetenzen für forstwirtschaftliche Vereinigungen.

TOP 13 (a+b)

Die Fraktion DIE LINKE hatte sich in den vergangenen Jahren mit verschiedenen Anträgen für die Bekämpfung der Altersarmut und die Stärkung der gesetzlichen Rente eingesetzt. Dabei ging es unter anderem um die Abschaffung der Rente mit 67 und eine schnelle Angleichung der Rentenwerte zwischen Ost und West ein. Da es laut dem jüngsten Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung nicht zu einer automatischen Angleichung der Rentenwerte Ost und West bis zum Jahr 2018 kommen wird, empfiehlt der Ausschuss für Arbeit und Soziales dem Landtag, die Landesregierung zu bitten, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen.

TOP 14

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat eine Beschlussempfehlung zum Thema „Krankenkassen für Asylbewerber/innen“ erarbeitet. Darin soll die Landesregierung gebeten werden, zu prüfen, welche Voraussetzungen für die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerber/innen nötig wären. Bisher sind Asylbewerber/innen in Sachsen-Anhalt gezwungen, selbst für eine ärztliche Normalbehandlung immer wieder aufs Neue einen Krankenschein beim Sozialamt zu beantragen.

TOP 15

Die Fraktion DIE LINKE hatte sich bereits Anfang 2015 mit einem Antrag für die Anerkennung der Aufwandsentschädigungen ehrenamtlicher Bürgermeister und Stadträte als zweckgebundene Einnahmen nach SGB II eingesetzt. Bisher werden diese Aufwandsentschädigungen als nicht zweckgebundene Einnahmen auf die Grundsicherung für Arbeitssuchende angerechnet, was zu einer Ungleichheit bei der Ausübung des Amtes führe. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt dem Landtag nun, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

TOP 16

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, die in den Anlagen 1 bis 13 aufgeführten Petitionen mit Bescheid an die Petenten für erledigt zu erklären. Im Berichtszeitraum vom 1. Juni bis 30. November 2015 sind 167 Petitionen beim Landtag eingegangen, von denen 154 abschließend behandelt wurden. Jede vierte Petition kam aus dem Bereich Inneres.

TOP 17

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt dem Landtag, der Landesregierung für die Haushaltsrechnung für das Jahr 2013 gemäß Artikel 97 Abs. 3 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt und § 114 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt Entlastung zu erteilen. Zudem sollen auch dem Präsidenten des Landesrechnungshofs und dem Landtagspräsidenten Entlastung erteilt werden.

TOP 18

Fraktionsübergreifend wird dem Landtag empfohlen, Dr. Ulrike Höroldt als Mitglied im Beirat bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zu wählen. Der Beirat berät den Bundesbeauftragten und besteht aus acht Mitgliedern, die vom Deutschen Bundestag gewählt werden, sowie aus bis zu neun Mitgliedern, die von den ostdeutschen Bundesländern benannt werden. Die Amtszeit der Beiräte beträgt fünf Jahre.

TOP 19

Etwa konstant 47 000 Menschen sind in Sachsen-Anhalt von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen und profitierten nur unzureichend vom allgemeinen Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädiert daher in einem Antrag für die Schaffung eines „soziales Arbeitsmarktes“ als Brücke in den regulären Arbeitsmarkt. Dieses Modell werde derzeit in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg erprobt.

TOP 20

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädiert mit einem Antrag dafür, schrittweise aus dem Kürzen des Ringelschwanzes beim Schwein in Sachsen-Anhalt auszusteigen. Denn obwohl es nach dem Tierschutzgesetz verboten ist, würden in der konventionellen Schweinehaltung bei Saugferkeln noch immer routinemäßig die Ringelschwänze gekürzt, um Schwanzbeißen und Kannibalismus vorzubeugen. Dieser Eingriff verursache jedoch nicht nur Schmerzen, sondern ohne Ringelschwanz fehle auch der wesentliche Signalgeber für das Wohlbefinden und den gesundheitlichen Zustand der Tiere.

TOP 21

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für die Einstellung von zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten in Sachsen-Anhalt ein. Die Maßnahmen der Landesregierung seien so zu gestalten, dass mittelfristig mindestens 6 000 Vollzugsbeamtinnen und -beamten im Dienst seien. Kurzfristige Schulungen seien anzubieten, um den aktuellen Bedarf an Sicherheitskräften zu erfüllen. Für den Fall der personellen wie räumlichen Überlastung der Polizeifachhochschule Aschersleben sei nach Alternativen zu suchen.

TOP 22

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung dazu aufgefordert werden, der Bundesratsinitiative zur Wiederherstellung einer vollständig paritätischen Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge zuzustimmen, die von den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Hamburg, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Thüringen für die Sitzung des Bundesrates am 29. Januar 2016 angekündigt wurde.

TOP 23

Alle an den Hochschulen des Landes beschäftigten Lehrkräfte für besondere Aufgaben mit wissenschaftlichem Abschluss sollen in die Entgeltgruppe 13 TV-L eingruppiert werden können. So sieht es ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor. Obwohl sie das gleiche Aufgabenspektrum haben, werden die Lehrkräfte in den verschiedenen Einrichtungen unterschiedlich hoch bezahlt. Diese Ungerechtigkeit sei abzustellen, so die Linken.

TOP 24 (a+b)

(a) Im Mai 2015 sollte die Landesregierung aufgefordert werden, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, die Arbeitsmarkt- und Ausbildungssituation von Flüchtlingen besser zu verknüpfen. Dazu liegt noch kein Landtagsbeschluss vor, sodass die Fraktion DIE LINKE nun ein Berichterstattungsverlangen vorlegt.

(b) Die Linken hatten im Mai 2015 einen Antrag eingebracht, durch den die Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge verbessert werden sollte. Ein Beschluss des Landtags liegt dazu bisher noch nicht vor. Die Fraktion DIE LINKE hat daher gemäß § 14 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags ein Berichterstattungsverlangen vorgelegt.

TOP 25

Die Parlamentarische Kontrollkommission legt ihren Bericht über ihre Kontrolltätigkeit im Zeitraum von April 2011 bis Dezember 2015 vor. Die Beratungen der Kommission sind geheim. Deren Mitglieder sind – auch für die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Gremium – zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekanntgeworden sind.

TOP 26

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im Januar die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/in der Landesregierung zu wenden.

TOP 27

Im Rahmen der Landtagssitzungen im Dezember 2015 hatte man sich fraktionsübergreifend darüber geeinigt, die freiwerdenden Mittel des Bundes, die ursprünglich zur Finanzierung des Betreuungsgeldes angedacht waren, zur Entlastung der Eltern bei den Kostenbeiträgen im Rahmen der Kinderbetreuung einzusetzen. Die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatten einen Gesetzentwurf eingebracht, um dieses Vorhaben auf eine gesetzliche Basis zu stellen. Nun liegt eine entsprechende Beschlussempfehlung vor.

TOP 28

Sachsen-Anhalt sei auf keinem guten Weg, konstatieren die Grünen und initiierten für die letzte reguläre Sitzung des Parlaments in dieser Legislaturperiode eine Aktuelle Debatte mit dem Titel „Demokratie stärken“. Schwerpunkte der Auseinandersetzung sollen unter anderem das mangelnde Wirtschaftswachstum und die Flüchtlingsfrage sein. Demokratie brauche Vertrauen, dass die Regierenden die Probleme der Zeit beherzt angehen und Herausforderungen annehmen, so die Grünen.

TOP 29

Die Beschlussempfehlungen zu den beiden Anträgen der Linken, „Kita-Statistik des Statistischen Landesamtes erweitern“ und „Unterstützung der Bundesratsinitiativen zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes“, wurden beide einstimmig im jeweiligen Ausschuss beschieden. Die abschließende Zweite Beratung findet in Form der Konsensliste als Behandlung im vereinfachten Verfahren ohne Debatte statt.